



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 17. Sitzung des Stadtrates vom
22.03.2012

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Kapitelsaal der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:40 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
Vorlage: FB 1/281/2012
2. Berufung der ständigen Mitglieder mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales
Vorlage: FB 1/280/2012
3. Umgestaltung des Schulhofes an der Gemeinschaftshauptschule, Ludgeristiege 4, 59348 Lüdinghausen
hier: Vorstellung der Planung
Vorlage: FB 2/452/2012
4. Produkthaushalt 2012 - Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2012
Vorlage: FB 2/451/2012
- 4.1. Produkthaushalt 2012 - Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2012
hier: Änderungsliste zum Produkthaushalt 2012
- Tischvorlage Nr. 1 -
Vorlage: FB 2/451/2012/1
5. Einziehung eines zwischen der "Julius-Maggi-Straße" und dem "Dortmund-Ems-Kanal" verlaufenden Weges
Vorlage: FB 3/544/2012
6. Umlegungsverfahren "Münsterstraße-West" und "Borg-West II"
Vorlage: FB 2/448/2012
7. Bebauungsplan "Valve-Südwest" - 1. Änderung
Vorlage: FB 3/534/2012
8. Bebauungsplan "Mühlenstraße / B235"
Vorlage: FB 3/535/2012
9. 9. Änderung des Bebauungsplanes "Wieschebrink"
Vorlage: FB 3/545/2012
10. Bebauungsplan "Wieschebrink", 10. Änderung
Vorlage: FB 3/536/2012
11. Bebauungsplan "Alter Sportplatz", Seppenrade
Vorlage: FB 3/543/2012
12. Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren
hier: Neuerlass der Satzung für 2007
Vorlage: FB 3/547/2012
13. Berichte
14. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

15. Abschluss eines städtebaulichen Vertrages im Geltungsbereich des BPlans "Mühlenstraße / B235"
Vorlage: FB 3/537/2012
- 15.1. Abschluss eines städtebaulichen Vertrages im Geltungsbereich des BPlans "Mühlenstraße / B235"
- Tischvorlage -
Vorlage: FB 3/548/2012
16. Berichte
17. Anfragen

Öffentlicher Teil:**TOP 1) Einwohnerfragestunde****Vorlage: FB 1/281/2012**

Frau Agnes Kuse, Schulleiterin der Mariengrundschule in Seppenrade, nimmt Stellung zu der Berichterstattung in der Presse bezüglich der Anschaffung eines Beamers im Wert von 8.000,00 € für die Mariengrundschule.

Sie merkt an, dass die Endsumme für die Anschaffung eines Beamers einschließlich Lautsprecher, Rückprojektion an die Leinwand sowie Montage 7.604,20 € beträgt.

Während der Bauphase sei über eine mediale Grundausstattung für das Foyer beraten worden. Die Deckenhöhe im Foyer der Schule sei sehr niedrig. Aus diesem Grund wurde von der Firma AVX Media nach einer entsprechenden Lösung gesucht und ein Kostenvoranschlag unterbreitet worden. Nach der Baubesprechung sei von AVX Media eine technische Lösung erarbeitet worden. Der Kostenvoranschlag sei am 06.06.2011 eingereicht worden.

Eine mediale Grundausstattung gehöre zu der Einrichtung einer Schule.

Sie weist auch darauf hin, dass das Foyer der einzige Versammlungsraum sei. Die ehemalige Aula dürfe aufgrund fehlender Fluchtwege nicht genutzt werden.

Bezüglich der Schulhofgestaltung merkt Frau Kuse an, dass die Baumaßnahmen an der Schule auf dem Schulhofgelände Spuren hinterlassen haben.

Sie teilt mit, dass die Erlöse des Schulfestes für die Schulhofgestaltung zur Verfügung stehen und die Eltern bereits eine entsprechende Steuerungsgruppe gebildet haben.

Sie bittet den Rat der Stadt Lüdinghausen daher, im Namen der Schüler und Schülerinnen der Mariengrundschule für die Schulhofgestaltung einen entsprechenden Betrag zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin bedankt sie sich für die bisherige Zusammenarbeit und die Möglichkeit der Vorstellung in dieser Sitzung.

TOP 2) Berufung der ständigen Mitglieder mit beratender Stimme in den**Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales****Vorlage: FB 1/280/2012****Beschluss:**

Der Rat beschließt Herrn Pastoralreferent Michael Kertelge von der katholischen Kirche gem. § 85 SchulG als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Schulausschuss der Stadt Lüdinghausen zu berufen.

-einstimmig-

**TOP 3) Umgestaltung des Schulhofes an der Gemeinschaftshauptschule,
Ludgeristiege 4, 59348 Lüdinghausen
hier: Vorstellung der Planung
Vorlage: FB 2/452/2012**

Anhand der als Anlage 1 beigefügten Power Point Präsentation stellt Frau Klaas die vorgesehene Umgestaltung des Schulhofes der Gemeinschaftshauptschule vor.

Sie erklärt, dass die ursprüngliche Planung aufgrund der anstehenden Änderungen der Schullandschaft auf das Notwendigste reduziert worden sei.

Sie erläutert die jetzige Situation, die ursprüngliche Planung sowie die reduzierte Planung.

Des Weiteren merkt sie an, dass entsprechende Förderungen für die Kanalsanierung beantragt worden seien.

Stv. Schwarzenberg macht deutlich, dass die Baumaßnahmen erst beginnen sollen, wenn über die zukünftige Schulform entschieden sei.

Stv. Fohrmann-Schwerter fragt an, ob der Fußballplatz auf dem Schulgelände eingezäunt sei.

Frau Klaas erklärt, dass der gesamte Schulhof eingezäunt sei. Der Fußballplatz sei jedoch für sich noch zusätzlich eingezäunt, um Vandalismus zu vermeiden.

Stv. Spiekermann-Blankertz weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion die Angelegenheit anders sehe als die FDP-Fraktion. Die Umgestaltung des Schulhofes solle jetzt umgesetzt werden, wie von Frau Klaas vorgestellt, so Stv. Spiekermann-Blankertz.

Stv. Grundmann möchte wissen, ob der Baumbestand auf dem Schulhof von der Maßnahme berührt werde bzw. ob Bäume gefällt werden müssen.

Frau Klaas erklärt, dass die großen Bäume nicht betroffen seien. Es erfolge lediglich ein Rückschnitt der bestehenden Hecken.

Stv. Dr. Waldt begrüße, dass die Mittel für die Umgestaltung vorhanden seien. Er halte die Anregung der FDP-Fraktion jedoch für sinnvoll.

Sobald feststehe, dass der Schulhof auch in Zukunft benötigt werde, müsse schnellst möglich mit den Arbeiten begonnen werden, erklärt Stv. Dr. Waldt. Die Entscheidung über die Umgestaltung verzögere sich demnach lediglich bis zu den Sommerferien.

Stv. Kehl weist darauf hin, dass die Umgestaltung des Schulhofes schon länger ein Thema sei. Bereits im letzten Jahr sei die Gemeinschaftshauptschule vertröstet worden.

Stv. Mönning macht deutlich, dass es nur sinnvoll sei, die Maßnahmen in den Sommerferien durchzuführen. Bis dahin müsse alles vorbereitet sein. Eine Entscheidung solle daher jetzt getroffen werden.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass dies Thema unter dem Tagesordnungspunkt 4 weiter konkretisiert werden und anschließend eine Entscheidung getroffen werden solle.

TOP 4) Produkthaushalt 2012 - Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2012
Vorlage: FB 2/451/2012

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionen in folgender Reihenfolge:

- | | | |
|--------------------------|------------|---|
| 1. CDU | (Anlage 2) | gehalten von Stv. Dr. Waldt |
| 2. SPD | (Anlage 3) | gehalten von Stv. Spiekermann-Blankertz |
| 3. Bündnis 90/Die Grünen | (Anlage 4) | gehalten von Stv. Mönning |
| 4. UWG | (Anlage 5) | gehalten von Stv. Kehl |
| 5. FDP | (Anlage 6) | gehalten von Stv. Schwarzenberg |

Beschluss:

Haushaltsplan und Produktbuch 2012 mit Stellenplan und den dazugehörigen Anlagen werden entsprechend Entwurf unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	2

TOP 4.1) Produkthaushalt 2012 - Haushaltssatzung mit Anlagen und Stellenplan 2012
hier: Änderungsliste zum Produkthaushalt 2012

- Tischvorlage Nr. 1 -
Vorlage: FB 2/451/2012/1

Beschluss

(Beratung im BKS)

Für die Umgestaltung des Foyers der Mariengrunds Schule wird ein Sperrvermerk in Höhe von 8.000 € eingerichtet. Die weitere Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales.

-einstimmig-

Bezüglich der Umgestaltung des Schulhofes der Gemeinschaftshauptschule merkt Stv. Schwarzenberg noch einmal an, dass hiermit gewartet werden solle, bis über die zukünftige Schulform entschieden worden sei. Eine Entscheidung werde von den Sommerferien getroffen, so Stv. Schwarzenberg.

Stv. Mönning hingegen spricht sich für einen Beginn der Maßnahme in den Sommerferien aus. Die Baumaßnahme müsse unabhängig von der Schulform betrachtet werden.

Beschluss:

(Antrag der FDP-Fraktion)

Die Umgestaltung des Schulhofes der Gemeinschaftshauptschule wird zurückgestellt, bis über die zukünftige Schulform entschieden wurde.

Ja- Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	2

Musikschule

Frau Klaas merkt an, dass ein Brandschutzkonzept zu erstellen sei. Die Kosten hierfür betragen ca. 15.000,00 €.

Erst wenn das Konzept vorliege, können verlässliche Zahlen für die Sanierungskosten genannt werden.

Stv. Breitbach teilt mit, dass die kurzfristige Schließung der Musikschule für alle Beteiligten sehr überraschend gewesen sei. Er fragt an, wo der Musikschulunterricht jetzt stattfinde.

Der Musikschulunterricht finde zunächst in der Ostwalschule statt. Die Verwaltung der Musikschule sei in Räumlichkeiten des Rathauses untergekommen, so Beigeordnete Karasch.

Bereits bei der Begehung der Musikschule durch eine Fachkraft für Arbeitssicherheit sei der fehlende Brandschutz bemängelt worden. Erste Maßnahmen wie die Schließung des Spitzbodens seien eingeleitet worden. Anschließend sei eine Stellungnahme vom Kreis Coesfeld angefordert und die Bauaufsicht eingeschaltet worden.

Mit Schreiben vom 21.03.2012 habe der Kreis Coesfeld die weitere Nutzung mit sofortiger Wirkung untersagt.

Aus diesem Grund seien die Räumlichkeiten der Musikschule umgehend geschlossen worden.

Der Musikschulunterricht sei nicht gefährdet. Fraglich sei jedoch, wo die Jugendkunstschule und die Kleiderkammer untergebracht werden können.

Weiterhin merkt Beigeordnete Karasch an, dass im Haushalt zwar Mittel für die Sanierung des Gebäudes vorhanden seien, die heutige Situation allerdings nicht berücksichtigt worden sei.

Wichtig sei zunächst, dass das Brandschutzkonzept in Auftrag gegeben werde. Entsprechende Mittel hierfür seien im Haushalt vorhanden.

Auch Stv. Kehl äußert, dass alle Stadtverordneten über die Schließung sehr überrascht seien. Er bedankt sich jedoch bei der Verwaltung für die schnelle Reaktion. Des Weiteren richtet er seinen Dank an die OGGS und die Ostwalschule.

Er macht deutlich, dass der Rat jedoch etwas Zeit benötige um sich über die zukünftige Nutzung des Gebäudes ausreichend Gedanken machen zu können. Es solle daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung getroffen werden. Weiterhin solle eine Diskussion im zuständigen Ausschuss erfolgen.

Weiterhin merkt Stv. Kehl an, dass durch die Verwaltung mehrere Nutzungsvorschläge mit Kostenschätzung erarbeitet werden sollen.

Stv. Schwarzenberg unterstützte die Aussage von Stv. Kehl. Er schlägt vor, den Betrag in Höhe von 15.000,00 € für das Brandschutzkonzept vorerst aus anderen Produkten zu entnehmen. Über eine Sanierung solle erst nachgedacht werden, sofern weitere Informationen vorliegen, ergänzt er seine Aussage.

Auch Stv. Grundmann schließe sich seinen Vorrednern an. Es sei sehr wichtig gewesen, dass die Verwaltung so schnell gehandelt habe. Er stelle sich jedoch die Frage, wie es sein kann, dass das Gebäude 30 Jahre genutzt werde und dann plötzlich sofort geschlossen werden müsse. Dies sei für ihn nur schwer nachzuvollziehen. Es müsse eine schnelle Lösung gefunden, merkt Stv. Grundmann weiterhin an.

Stv. Friedenstab bedankt sich ebenfalls für die schnelle Reaktion der Verwaltung. Für ihn stellen sich folgende Fragen:

- 1) Wieviel Geld werde tatsächlich für das Brandschutzkonzept benötigt?
- 2) Liegt das Gutachten bis zur nächsten Ratssitzung am 22.05.2012 vor?

Frau Klaas erklärt, dass die Kosten hierfür ca. 10.000,00 € bis 15.000,00 € betragen werden. Es müssen zunächst Angebote eingeholt werden.

Bezüglich der Fertigstellung des Brandschutzkonzeptes teilt Bürgermeister Borgmann mit, dass die Verwaltung schnellst möglich arbeiten werde. Auf einen genauen Zeitpunkt möchte er sich jedoch nicht festlegen.

Stv. Weiland macht darauf aufmerksam, dass sich nicht nur die Musikschule in den Räumlichkeiten des Gebäudes befinde, sondern auch die Kleiderkammer des Deutschen Roten Kreuzes. Diese habe ebenfalls eine sehr große Bedeutung in der Stadt. Im Jahre 2011 wurden an 26 Tagen ca. 8.000 Textilien ehrenamtlich verteilt.

Es müsse eine Möglichkeit für die Unterbringung der Kleiderkammer gefunden werden, macht Stv. Weiland noch einmal eindringlich klar.

Stv. Dr. Waldt merkt an, dass alle Beteiligten einen kühlen Kopf bewahren müssen. Er wünscht Herrn Dr. Schneider trotz der momentanen Situation für die weitere Arbeit der Musikschule viel Erfolg.

Für das Brandschutzkonzept sollen Mittel bewilligt werden, so Stv. Dr. Waldt. Des Weiteren fragt er nach einer alternativen Lösung für die Musikschule. Es sei jedoch verständlich, dass dies nicht von heute auf morgen passieren könne.

Stv. Reismann fragt an, ob der Gutachter auch alternative Vorschläge für die Nutzung des Gebäudes unterbreiten werde.

Frau Klaas verneint dies.

Stv. Schäfer schlägt vor, dass die Kleiderkammer in den Containern auf dem Schulhof der Mariengrundschole in Seppenrade untergebracht werden könne.

Weiterhin merkt er an, dass für die Brandmeldeanlage des Schloss Westerholt ein Betrag von 30.000,00 € im Haushalt vorhanden sei. Hieraus könne das Brandschutzkonzept gezahlt werden. Der Ansatz in Höhe von 200.000,00 € für die Renovierung der Musikschule solle mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Stv. Breuer fragt an, ob die Kosten für das Brandschutzkonzept bei einer Nutzung des Gebäudes als Musikschule höher seien als bei einer anderweitigen Nutzung des Gebäudes.

Stv. Breitbach erklärt, dass nach §§ 78,79 der Landesbauordnung nicht für alle Nutzungsarten ein derartiges Konzept erforderlich sei.

Von der UWG-Fraktion wurden in der Sitzung mit Schreiben vom 20.03.2012 zwei Änderungsanträge gestellt. Über diese wurde beraten.

Zu den Änderungsanträgen merkt Stv. Kehl an, dass das strukturelle Defizit verringert werden müsse und auch die Konsolidierungsbemühungen nicht nachlassen dürfen.

Stv. Schwarzenberg merkt an, dass auf eine pauschale Kürzung verzichtet werden solle. Der Kämmerer habe eine Einsparungszusage gegeben. Hierauf solle der Rat sich verlassen.

Auch Stv. Friedenstab und Stv. Mönning sprechen sich gegen eine pauschale Kürzung aus. Es sei Aufgabe der Verwaltung, zu sparen.

Beschluss:

(Antrag der UWG-Fraktion vom 20.03.2012)

Die Kostengruppen 13 (Sach- und Dienstleistungen) sowie 16 (sonstige ord. Aufwendungen) werden pauschal um 4 % gekürzt. Mehr- oder Minderkürzungen in einzelnen Produkten können verrechnet werden.

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	34
Enthaltungen:	0

Beschluss:

(Antrag der UWG-Fraktion vom 20.03.2012)

Der Zuschuss der Badgesellschaft wird um 40.000 € gekürzt und die Badgesellschaft aufgefordert, ihren Wirtschaftsplan entsprechend anzupassen.

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	34
Enthaltungen:	0

Die SPD-Fraktion hat beantragt, entsprechende Mittel in die Haushalte 2012 und 2013 einzustellen mit dem Ziel, das Gelände der ehemaligen Tongrube Pilgrim – sofern nicht anders möglich- zu erwerben und zu entwickeln.

Hierzu merkt Stv. Kehl an, dass eine optimale Entwicklung des Geländes hätte erfolgen können, wenn eine Ansiedlung des FloraParks erfolgt wäre. Jetzt sei eine entsprechende Entwicklung nur noch kleinteilig möglich.

Nach Stv. Schwarzenberg solle eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe des Kaufpreises in den Haushalt eingestellt werden. So bestehe die Möglichkeit unabhängig von den Haushaltsberatungen zu handeln. Entsprechende politische Gremien sollen jedoch an der Entscheidung beteiligt werden.

Stv. Mönning weist abschließend darauf hin, dass im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung bereits zwei Beschlüsse gefasst worden seien und die Verwaltung den Auftrag habe, das Gelände zu entwickeln.

Die Verpflichtungsermächtigung müsse sowohl für 2013 als 2014 eingestellt werden, da der Kaufpreis in zwei Raten gezahlt werden müsse. Die erste Rate sei im Jahre 2013 fällig, so Kämmerer Tuschmann.

Stv. Dr. Waldt und Stv. Tüns erklären sich für befangen und nehmen an der Beschlussfassung zu dem Antrag der SPD-Fraktion nicht teil.

Beschluss:

(Antrag der SPD-Fraktion)

In die Haushalte 2013 und 2014 werden entsprechende Mittel eingestellt, mit dem Ziel das Gelände der ehemaligen Tongrube Pilgrim zu erwerben und zu entwickeln.

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	2

Stv. Holz fragt an, ob die im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beratenden Änderungen bezüglich der Mariengrundscheule noch nicht in der Änderungsliste aufgenommen seien.

Kämmerer Tuschmann teilt mit, dass die Änderungen noch eingearbeitet werden.

Stv. Schäfer fragt nach einer Gesetzesgrundlage für die Anschaffung der Defibrillatoren.

Herr Kortendieck erklärt, dass es keine gesetzliche Grundlage für eine zwingende Anschaffung gebe, sondern die Anschaffung lediglich, auf einer Empfehlung basiere.

Beschluss:

Der Rat beschließt die dieser Sitzungsvorlage beigefügte Änderungsliste zum Produkthaushalt 2012.

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	11

TOP 5) Einziehung eines zwischen der "Julius-Maggi-Straße" und dem "Dortmund-Ems-Kanal" verlaufenden Weges

Vorlage: FB 3/544/2012

Stv. Holz erklärt sich für befangen und nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der zwischen der „Julius-Maggi-Straße“ und dem „Dortmund-Ems-Kanal“ verlaufende Weg (Bestandteil des Grundstückes Gemarkung Lüdinghausen-Stadt, Flur 231), der in dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan gekennzeichnet ist, soll eingezogen werden.

Der Rat beschließt, die Absicht der Einziehung dieses Weges öffentlich bekannt zu machen.

-einstimmig-

TOP 6) Umlegungsverfahren "Münsterstraße-West" und "Borg-West II"

Vorlage: FB 2/448/2012

Stv. Schäper erklärt sich für befangen und nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Anordnung der beiden Umlegungsverfahren Nr. 1 „Münsterstraße-West“ und Nr. 4 „Borg-West II“ zurück.

-einstimmig-

TOP 7) Bebauungsplan "Valve-Südwest" - 1. Änderung

Vorlage: FB 3/534/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Valve-Südwest“ als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ gem. § 13a BauGB einzuleiten. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Änderungsentwurfes mit Begründung gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen.

-einstimmig-

TOP 8) Bebauungsplan "Mühlenstraße / B235"

Vorlage: FB 3/535/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan „Mühlenstraße“ einschließlich Begründung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB.

Ja-Stimmen:	38
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	

TOP 9) 9. Änderung des Bebauungsplanes "Wieschebrink"

Vorlage: FB 3/545/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die 9. Änderung des Bebauungsplanes „Wieschebrink“ und die Begründung zur Änderung gem. § 10 BauGB als Satzung.

-einstimmig-

TOP 10) Bebauungsplan "Wieschebrink", 10. Änderung

Vorlage: FB 3/536/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt das Verfahren zur 10. Änderung des Bebauungsplanes „Wieschebrink“ als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ gem. § 13a BauGB einzuleiten. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Änderungsentwurfes mit Begründung gem. § 3 (2) BauGB durchzuführen.

-einstimmig-

TOP 11) Bebauungsplan "Alter Sportplatz", Seppenrade
Vorlage: FB 3/543/2012

Stv. Kehl richtet für die ausführlichen Angaben zur Erdwärmenutzung und die Versickerung des Grundwassers seinen Dank an die Verwaltung.

Weiterhin erkundigt er sich nach der Anzahl der Veranstaltungen auf dem Festplatz. Er fordert von der Verwaltung eine Aufstellung, ab wann und wie viele Veranstaltungen dort durchgeführt werden sollen.

Stv. Holz merkt an, dass der Festplatz von den Bürgern in Seppenrade mitgetragen werde, da dies der einzige mögliche Standort für ein Festzelt sei.

Es haben bereits intensive Gespräche mit den Vereinen und den Bürgern stattgefunden.

Die Feste werden vermutlich in der bisherigen Form stattfinden.

Weiterhin erkundigt sich Stv. Holz sich nach dem Geh- und Radweg an der Halterner Straße sowie der Verkehrsberuhigung an der Kastanienallee.

Herr Gantefort erklärt, dass alle Anregungen aufgenommen worden seien und lfd. angepasst werden.

Bürgermeister Borgmann macht deutlich, dass hier zunächst eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden müsse.

Beschluss:

Der Rat beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes zum Bebauungsplan „Alter Sportplatz“ einschließlich Begründung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB.

-einstimmig-

TOP 12) Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von
Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren
hier: Neuerlass der Satzung für 2007
Vorlage: FB 3/547/2012

Bürgermeister begrüßt Herrn Dr. Grünewald.

Herr Dr. Grünewald erläutert die Sachlage und beantwortet anschließend die Fragen der Stadtverordneten.

Beschluss:

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

1. Der in der Sitzung des Stadtrates vom 25.01.2007 zu Top 4) gefasste Beschluss mit dem Wortlaut „Der Rat beschließt die Erhebung einer kostendeckenden Gebühr entsprechend der in der Sitzung genannten Variante D mit einer Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 1 v. H. wird aufgehoben.
2. Die Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren für das Jahr 2007 wird rückwirkend zum 01.01.2007 erlassen.

Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	12
Enthaltungen:	5

Die Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen und Abwassergebühren vom 26.03.2012 ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

TOP 13) Berichte

-Fehlanzeige-

TOP 14) Anfragen

- 1) Stv. Mönning weist auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin und fragt an, ob die Stadt Lüdinghausen bereits einen Katastrophenplan entwickelt habe. Die Anfrage und das dazugehörige Antwortschreiben sind der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass hierfür der Kreis Coesfeld zuständig sei.

- 2) Stv. Grundmann fragt an, auf welcher Grundlage private Unternehmen auf Werbetafeln der Stadt für Veranstaltungen werben dürfen. Weiterhin möchte er wissen, ob die Nutzung der Werbetafeln kostenpflichtig sei.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass dies Angelegenheit von Lüdinghausen Marketing sei, die Frage jedoch weitergeleitet werde.

Nachträglich zu Protokoll: Sofern die Werbetafeln nicht für eigene Veranstaltungen oder Veranstaltungen anderer Vereine genutzt werden, werden sie als Zwischennutzung auch an gewerbliche Mitglieder und privatwirtschaftliche Veranstalter (Hochzeitsmesse, Gesundheitsmesse, Gelsenwasser-Familiientag am Klutenseebad, Festverkauf Adam und Eva etc.) vermietet. Die Kosten werden individuell ausgehandelt (Faustregel für Mitglieder: 5 Tafeln insgesamt 100,00 € pro 14-Tages-Belegung).

- 3) Stv. Möllmann fragt an, ob es schon entsprechende Pläne bezüglich der Instandhaltung des Trimmwaldes gebe.

Nachträglich zu Protokoll: Der Trimpfad sei bereits gerade gerückt. Auch der Astbruch werde schnellstens beseitigt.

- 4) Weiterhin möchte er wissen, ob es bezüglich des Militärgrundstückes in Seppenrade bereits Grundstücksverhandlungen gegeben habe.

Bürgermeister Borgmann verneint dies.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 21:35 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Andrea Planhof
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 17. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Lüdinghausen am 22.03.2012

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	bis TOP 13
Holz, Anton	ohne TOP 5
Höring, Volker	
Horstmann, Heinrich	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	-entschuldigt-
Möllmann, Bernhard	
Schäper, Gabriele	ohne TOP 6
Schmidt, Knut	
Schnittker, Alois	
Schotte, Irmgard	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fohrmann-Schwerter, Ulrich	
Grundmann, Eckart	
Guntermann, Christine	
Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	bis TOP 4

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Bontrup, Florian	
Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	
Wischnewski, Susanne	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
Schäfer, Gregor	
Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	
Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Tuschmann, Werner	